

Bremische Bürgerschaft

Landtag

21. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde zur 11. Sitzung

Anfrage 1: Gesundheitliche Risiken durch Hot-Chips-Mutproben
Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die gesundheitlichen Risiken von Hot-Chips und ähnlichen scharfen Chili-Produkten, die als Mutprobe eingesetzt und durch Social-Media-Kanäle als Challenge beworben werden?
2. Wie viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene haben in Bremen und Bremerhaven in den letzten zwei Jahren gesundheitliche Folgen nach einem Mutproben-Konsum von scharfen Chili-Saucen oder Hot-Chips erlitten und mussten ärztlich beziehungsweise notärztlich behandelt werden?
3. Wie bewertet der Senat das Verbot von Hot-Chips und die chargenunabhängige Entnahme aus dem Handel und wird er dem Beispiel Baden-Württembergs, Bayerns, Niedersachsens und Hessens folgen und sich dafür einsetzen, dass der Hot-Chip auch im Land Bremen chargenunabhängig aus dem Verkehr gezogen wird?

Anfrage 2: Zweihundertjahrfeier in Bremerhaven ohne Bahnverbindung?
Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Thorsten Raschen, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 7. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Bei welchen Terminen und Gelegenheiten haben Mitglieder des Senats mit welchem Ergebnis auf die Deutsche Bahn eingewirkt, damit diese die Sanierungen der Gleisverbindung zwischen Bremen und Bremerhaven nicht in das Jahr der Zweihundertjahrfeier der Stadt Bremerhaven im Jahr 2027 legt und damit die Zugverbindung für mindestens drei Monate unterbricht?

2. Wie, wann und bei welchen Gelegenheiten werden Mitglieder des Senats weiter auf die Deutsche Bahn einwirken, um die Sanierung der oben genannten Gleisverbindung terminlich zu verschieben?

3. Inwiefern wird sich der Senat bei der Deutschen Bahn dafür einsetzen, dass das dringend benötigte dritte Gleis zwischen Bremen und Bremerhaven im Rahmen der Sanierung mitgeplant und umgesetzt wird?

Anfrage 3: Welches Selbstverständnis hat der „Willkommensservice“ der WFB für ausländische Fachkräfte?

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Theresa Gröninger, Rainer Bensch, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele und welche Art von Beratungsgesprächen hat der „Willkommensservice“ der WFB mit bremischen Betrieben einerseits und mit ausländischen Fachkräften und Gründern andererseits in den letzten fünf Jahren pro Jahr mit welchem wesentlichen Ergebnis durchgeführt?

2. Wie gestaltet sich dabei die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, insbesondere mit den Ausländerbehörden im Land Bremen sowie dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), beispielsweise bei der Klärung aufenthaltsrechtlicher Fragen?

3. Ist es zutreffend, dass auf Briefköpfen des „Willkommensservice“ – teilweise fehlerhafte – Schreiben von beziehungsweise im Auftrag von Ausländerbehörden im Land Bremen an hier tätige, ausländische Pflegekräfte, beispielsweise über die Beendigung ihrer Aufenthaltsgenehmigung, versandt werden und, falls ja, wie bewertet der Senat diese Praxis?

Anfrage 4: „Zeigen Sie nicht, was Sie haben“ - Findet der Senat die Polizeikampagne angebracht?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit erachtet der Senat die Kampagne der Bremer Polizei, in der sie den Bremern empfiehlt, ihre Wertsachen wie Uhren und Schmuck nicht öffentlich zur Schau zu tragen, um Diebstähle zu vermeiden, für angebracht?

2. Welche Situation war ursächlich für das Inauftraggeben der Kampagne und was hat sie gekostet?

3. Inwiefern ist diese Aufforderung mit einer freien und offenen Gesellschaftsstruktur und dem aus Sicht des Senats vorhandeneren starken Sicherheitsgefühl der Bremer in Einklang zu bringen?

**Anfrage 5: Ist das Bremische Polizeigesetz verfassungswidrig?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Frank Imhoff und
Fraktion der CDU
vom 7. März 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit hat der Senat eine Prüfung des Bremischen Polizeigesetzes in Auftrag gegeben, nachdem er Kenntnis von der möglichen Verfassungswidrigkeit erlangt hat?
2. Welche Anhaltspunkte bringen den Senator für Inneres zu der Annahme, dass bei den in Rede stehenden Ermächtigungsgrundlagen das Grundgesetz maßgeblich ist und nicht die Bremische Landesverfassung?
3. Inwieweit plant der Senat bei einer etwaigen Verfassungswidrigkeit des Bremischen Polizeigesetzes, die Bremer Landesverfassung anzupassen und wann wird diese Anpassung voraussichtlich erfolgen?

**Anfrage 6: Testfeld für die autonome Binnenschifffahrt
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Thore Schäck und
Fraktion der FDP
vom 7. März 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat das Potenzial der autonomen Binnenschifffahrt im Bundesland Bremen?
2. Gibt es aktuell Pläne für die Einrichtung von Testfeldern für die autonome Binnenschifffahrt im Land Bremen, und falls ja, welche rechtlichen Einschränkungen müssen dabei berücksichtigt werden?
3. Welche konkreten Maßnahmen plant der Senat, um die Integration autonomer Binnenschifffahrtstechnologien im Land Bremen zu fördern?

Anfrage 7: Das Mercosur-Freihandelsabkommen - Jüngst erklärt die französische Regierung die EU-Verhandlungen zum Mercosur-Freihandelsabkommen als gescheitert

Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 7. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die aktuellen Verhandlungen des Mercosur-Freihandelsabkommens aus der Bremer Perspektive?
2. Welche Potenziale sieht der Senat im Mercosur-Freihandelsabkommen für das Bundesland Bremen als Exportstandort mittel- bis langfristig?
3. Welche Maßnahmen und Möglichkeiten sieht der Senat, um aus Bremen heraus Impulse für eine effektivere Umsetzung des Freihandelsabkommens zu setzen?

Anfrage 8: Weiterentwicklung und Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie

Anfrage der Abgeordneten Selin Arpaz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Welche Schritte hat der Senat bereits unternommen, um in einem gemeinsamen Prozess mit Vertreter:innen der LGBTIQ*-Community den Landesaktionsplan neu aufzulegen?
2. Auf welche Weise gedenkt der Senat die queerpolitischen Belange ressortübergreifend zu berücksichtigen?
3. Wie weit ist der Senat damit, in jedem Ressort eine Zuständigkeit für die Umsetzung des Landesaktionsplans zu benennen?

Anfrage 9: Internationaler Studiengang Pflege

Anfrage der Abgeordneten Janina Strelow, Arno Gottschalk, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den Abschluss der ersten sechs Absolvent:innen des Internationalen Studiengangs Pflege der Hochschule Bremen in pflege- und wissenschaftspolitischer Hinsicht?

2. Wie stark ist der Studiengang derzeit ausgelastet, welche Entwicklungstendenz zeichnet sich dabei ab und welche Notwendigkeit und Möglichkeiten sieht der Senat zur Nachsteuerung im Marketing des Studiengangs?

3. Welche Erkenntnisse hat der Senat zu der erfolgreichen Aufnahme einer Beschäftigung im Land Bremen und den Arbeitsfeldern der Absolvent:innen?

Anfrage 10: Auswirkungen der konjunkturellen Eintrübung auf den Arbeitsmarkt in den Ingenieur- und Informatikerberufen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 7. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Auswirkungen der konjunkturellen Eintrübung auf den Arbeitsmarkt in den Ingenieur- und Informatikerberufen in Bremen?

2. Welche konkreten Folgen ergeben sich nach Auffassung des Senats für den MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung?

3. Welche Maßnahmen und Möglichkeiten sieht der Senat, um kurzfristig Studiengänge sowie den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt im Bereich von MINT-Berufen in Bremen zu fördern?

Anfrage 11: Wie demenzsensibel ist die Krankenhausversorgung im Land Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 7. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit verfügen die Krankenhäuser im Land Bremen über Konzepte und/oder Projekte, die eine angemessene Versorgung von Patienten mit Demenz sicherstellen und zugleich Ärzte und Pflegekräfte entlasten?

2. Inwieweit sind Demenzbeauftragte in Bremer Krankenhäusern tätig und wie bewertet der Senat deren Rolle?

3. Wie sind die Krankenhäuser im Land Bremen aus Sicht des Senats auf die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz vorbereitet und welche Handlungsbedarfe zur Verbesserung der Versorgungssituation werden gesehen?

Anfrage 12: Wertstoffe nach Feuerbestattungen
Anfrage der Abgeordneten Holger Fricke, Jan Timke und Fraktion Bündnis
Deutschland
vom 7. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Erdbestattungen (Sargbestattungen), Feuerbestattungen (Urnenbestattungen) und Seebestattungen wurden im Land Bremen zwischen 2019 und 2023 vorgenommen (bitte die Zahlen getrennt nach Jahren sowie den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven ausweisen)?
2. Welche Edelmetalle fallen nach der Einäscherung von Leichen in den Krematorien des Landes Bremen regelmäßig an und welchen Wert hatten diese Überreste in den Jahren 2019 bis 2023 (bitte getrennt nach Jahren sowie den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven aufschlüsseln)?
3. Wem fließen die Erlöse aus dem Verkauf der werthaltigen Überreste aus Frage 2 zu und wo ist der Umgang mit diesen Wertstoffen für das Land Bremen gesetzlich geregelt?

Anfrage 13: Steuerprüfungen bei Millionär:innen
Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Klaus-Rainer Rupp, Sofia Leonidakis,
Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE
vom 7. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Außenprüfungen wurden bei Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkünften in Bremen im Jahr 2023 durchgeführt und in welcher Höhe sind dadurch zusätzliche Steuer- und Zinseinnahmen eingenommen worden?
2. Wie hoch war im Jahr 2023 die durchschnittliche Mehreinnahme pro durchgeführter Außenprüfung bei Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkommen?

Anfrage 14: Kulturpass – wird dieser in Bremen und Bremerhaven genutzt?
Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Dr. Henrike Müller
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele junge Menschen in Bremen und Bremerhaven haben den Kulturpass des Bundes bisher freigeschaltet, und wie oft wurde dieser durch die Nutzer:innen jeweils für welche Kultur-Kategorie genutzt?

2. Wie viele und welche Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven ermöglichen den jungen Menschen eine Nutzung des Kulturpasses?

3. Welche Kenntnisse hat der Senat, aus welchen Gründen noch nicht alle jungen Menschen und Einrichtungen den Kulturpass nutzen, und was tut der Senat, um das Angebot des Kulturpasses bekannter zu machen?

Anfrage 15: Untätigkeitsklagen gegen die verschiedenen Fachbereiche und Ämter des Sozialressorts in Land und Kommune

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 11. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Klagen wegen Untätigkeit wurden gegen welche Bereiche und Ämter des Sozialressorts (bitte konkret aufschlüsseln) in den Jahren 2022 und 2023 eingereicht und wie vielen davon konnte im Eilverfahren abgeholfen werden?

2. Welche Kosten sind aus den Untätigkeitsklagen unter 1. in den Jahren 2022 und 2023 für welche Stellen entstanden und welche Folgen haben diese?

3. Aus welchen Gründen kommt es zu diesen Klagen und durch welche Maßnahmen können sie zukünftig verhindert werden?

Anfrage 16: Öffentliche Schutzräume im Land Bremen

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 12. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele öffentliche Schutzräume für Kriegs- und Katastrophenfälle gibt es derzeit im Land Bremen und wie viele Menschen können in diesen Schutzräumen maximal untergebracht werden (bitte die Zahl getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

2. Wie viele öffentliche Schutzräume sind im Land Bremen seit 1990 stillgelegt oder abgebaut worden und wie viele Plätze für die Unterbringung von Zivilisten sind dadurch weggefallen (bitte die Zahl getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

3. Unterstützt der Senat die Forderung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes an die Adresse der Bundesregierung, bessere Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung im Fall eines militärischen Konflikts zu treffen und insbesondere geschlossene Bunker zu reaktivieren sowie neue Schutzräume zu bauen, und wenn ja, mit welcher Begründung?

Anfrage 17: Bearbeitungsdauer von Akteneinsichtersuchen bei der Bremer Polizei**Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 12. März 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie lange ist aktuell die durchschnittliche Bearbeitungsdauer hinsichtlich Akteneinsichtersuchen bei der Bremer Polizei und wie hat sich diese in den letzten fünf Jahren entwickelt?
2. Welche Gründe liegen nach Kenntnis des Senats für die lange Bearbeitungsdauer von Akteneinsichtersuchen vor?
3. Inwieweit ist der Senat mit der derzeitigen Bearbeitungsdauer von Akteneinsichtersuchen zufrieden und falls er es nicht ist, wie will er diese perspektivisch verbessern?

Anfrage 18: Unterstützung des Geothermie-Ausbaus in Bremen**Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Martin Michalik, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 12. März 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Ergebnisse sind beim Gespräch am 8. März 2024 zwischen dem Umweltressort mit der Initiative „ErdwärmeDich“ mit Beteiligung der Bremer Aufbaubank sowie den zuständigen Stellen in den senatorischen Ressorts für Wirtschaft und Finanzen zur Finanzierung einer Machbarkeitsstudie herausgekommen?
2. Wenn eine Teilfinanzierung der Machbarkeitsstudie über die Kreditvergabe durch die Bremer Aufbaubank sowie deren Absicherung durch die Freie Hansestadt Bremen mit dem Kumulierungsverbot der Richtlinie der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze nicht vereinbar ist, auf welche Finanzierungslösung hat man sich mit der Initiative „ErdwärmeDich“ geeinigt?
3. Inwiefern soll die anvisierte Machbarkeitsstudie auch Ergebnisse und Erkenntnisse bezüglich der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit des Einsatzes von Anergienetzen im Bestand in Bremen und Bremerhaven liefern und wie werden diese in die kommunale Wärmeplanung integriert?

Anfrage 19: „Verständlichkeit und Leichte Sprache“ in § 11 des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BremBGG)

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 12. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. In welchen Bereichen haben Menschen mit geistigen oder seelischen Behinderungen bisher ihr Recht genutzt und den Wunsch geäußert insbesondere Bescheide, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke durch mündliche Erläuterungen oder in Leichter Sprache verständlich vorgelegt zu bekommen? Bitte geben Sie Beispiele und Zahlen an.
2. Hält der Senat das derzeitige Vorgehen, Unterlagen nur auf persönliches Verlangen mündlich zu erklären oder in Leichter Sprache bereitzustellen für sinnvoll und ausreichend, oder gibt es Überlegungen wie man Menschen mit geistigen oder seelischen Behinderungen einen einfacheren, schnelleren und diskriminierungsfreieren Zugang zu verständlichen Informationen ermöglichen könnte?
3. Was plant der Senat, um die Bereitstellung von Informationen in Leichter Sprache durch die Träger öffentlicher Gewalt weiter zu verbessern?

Anfrage 20: Entwicklung von Umschlag und Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen

Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thorsten Raschen, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 13. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat, dass die bremischen Häfen im Jahr 2023 im Vergleich zum Spitzenjahr 2012 knapp ein Drittel ihres Umschlagsaufkommens (Gesamtumschlag, Containerumschlag und Automobilumschlag) verloren haben, wohingegen Rotterdam und Antwerpen-Brugge im gleichen Zeitraum in diesen Segmenten teils deutliche Zuwächse und Hamburg zumindest deutliche geringere Verluste zu verzeichnen hatten?
2. Mit welchen Strategien und Maßnahmen will der Senat den Rückgang des Umschlags in absoluten und relativen Zahlen über die bremischen Häfen stoppen und deren Wettbewerbsposition stärken?
3. Welche der dafür notwendigen investiven Mittel sind in den Haushaltsentwürfen für die Jahre 2024 und 2025 (einschließlich Wirtschaftspläne der Sondervermögen) finanziell hinterlegt und welche nicht?

**Anfrage 21: Mehrausgaben für Beamte wegen Bürgergeldhöhung
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland
vom 13. März 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Mit welchen Mehrausgaben für die Bezüge von Beamten im Land Bremen rechnet der Senat in den Jahren 2024 und 2025 aufgrund der Anhebung des Bürgergeldes zum 1. Januar 2024, um das verfassungsrechtlich vorgeschriebene Abstandsgebot einzuhalten (bitte getrennt nach Jahren sowie dem Land und den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven ausweisen)?
2. Wie viele Beamtinnen und Beamte werden in den Genuss der Erhöhung Ihres Gehalts aus Frage 1. kommen und mit welchem Anstieg der Bezüge ist im Durchschnitt zu rechnen?
3. Wie gedenkt der Senat die Mehrausgaben, die infolge der steigenden Beamtenbezüge in 2024 und 2025 anfallen werden, zu finanzieren?

**Anfrage 22: „Digitaler Gewerbesteuerbescheid“ im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Jens Eckhoff, Frank Imhoff und
Fraktion der CDU
vom 19. März 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern ist der „Digitale Gewerbesteuerbescheid“ über ELSTER, das heißt ein rechtsverbindlicher Steuerbescheid als PDF-Dokument in Verbindung mit einem strukturierten und standardisierten XML-Datensatz zum automatischen Datenabgleich, bei den Finanzämtern im Land Bremen verfügbar und der papiergebundene Gewerbesteuerbescheid abgeschafft?
2. Wenn nein: Warum nicht und ab wann wird dies der Fall sein?
3. Wenn ja: Wie viele Unternehmen haben den digitalen Gewerbesteuerbescheid bisher jährlich in absoluten und relativen Zahlen in Anspruch genommen (bitte Zahlen für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven getrennt ausweisen)?

**Anfrage 23: Warum kann die Mobilitätssenatorin die einfachsten Fragen zum
Deutschlandticket nicht beantworten?
Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 26. März 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den Umstand, dass die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung in der Fragestunde (Landtag) vom 14. März 2024 dem Parlament

nicht erklären konnte, wie sich die 20,3 Millionen Euro, die nach derzeitiger Gesetzeslage jährlich als Landesanteil für das Deutschlandticket in den Haushalt eingestellt werden müssen, konkret zusammensetzen, obwohl diese Anschläge in den Haushaltsentwürfen 2024/2025 für den Produktplan 68 (Bau, Mobilität und Stadtentwicklung) enthalten sind und welche Erwartungshaltung hat der Senat an sich und seine Mitglieder, bedeutende Haushaltsanschläge im eigenen Zuständigkeitsbereich jederzeit detailliert erläutern zu können?

2. Seit wann existiert die bremische Arbeitsgruppe zur Prüfung und Abstimmung der Finanzierung, Organisation, technischen Abwicklung und Ausgestaltung des Deutschlandtickets, wer ist Mitglied dieser Arbeitsgruppe, und wann sollen die Ergebnisse dazu wem vorgelegt werden?

3. Inwiefern sind Mitglieder des Senats Bovenschulte jederzeit über eingesetzte Arbeitsgruppen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich informiert, und aus welchen Gründen konnte die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung in der Fragestunde (Landtag) vom 14. März 2024 dem Parlament nicht mitteilen, ob Bremerhavenbus Mitglied in der oben genannten Arbeitsgruppe zum Deutschlandticket ist?

**Anfrage 24: Zeigt Bremen zur Fußball-EM Flagge?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 2. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat das angekündigte Flaggenverbot für Berliner Polizisten während der Fußball-EM?
2. Wie wird der Senat zur Fußball-EM im Sommer mit der Beflaggung von Polizeifahrzeugen und Dienstgebäuden verfahren?
3. Welche Kenntnis hat der Senat, inwiefern die BSAG eine Beflaggung ihrer Fahrzeuge zur Fußball-EM plant?

**Anfrage 25: Keine Doppelbesetzung für unsere Grundschulen?
Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 2. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern wird Unterricht an unseren Grundschulen in sozialen Brennpunkten derzeit in Doppelbesetzung ermöglicht, um die Lehrkräfte zu entlasten und bestmöglich auf die Bedarfe aller Schülerinnen und Schüler eingehen zu können?

2. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um eine Doppelbesetzung an Grundschulen in sozialen Brennpunkten, so wie es im Koalitionsvertrag verankert ist, zu gewährleisten und aus welchen konkreten Gründen wird das Ziel der Schaffung von 150 neuen Stellen für Doppelbesetzungen im Laufe dieser Legislatur nicht erreicht werden?

3. Inwiefern unterstützt der Senat Grundschulen in sozialen Brennpunkten (zum Beispiel durch den Einsatz von Zweitkräften), um bestmöglich auf die Bedarfe aller Kinder eingehen zu können und Chancengerechtigkeit zu schaffen und welche Unterstützungsmaßnahmen ergreift der Senat konkret?

**Anfrage 26: Berufsbezogene Sprachkurse ein Flop – auch in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 3. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Ist es auch in Bremen so, dass – wie eine bundesweite vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebene Studie gezeigt hat – Migranten, die berufsbezogene Sprachkurse erfolgreich absolviert haben, auf dem Arbeitsmarkt weniger erfolgreich sind als diejenigen, die die Sprachkurse abgebrochen haben?

2. Welche Erklärung hat der Senat dafür?

3. Wie können nach Ansicht des Senats berufsbezogene Sprachkurse besser aufgestellt werden, um die Chancen für die Absolventen dieser Kurse auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern?

**Anfrage 27: Vorhaltung von Kapazitäten für den Bevölkerungsschutz bei den Verkehrsbetrieben in Bremen und Bremerhaven ab 2045?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 3. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Ansicht des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), dass spätestens ab dem Jahr 2045 die Verkehrsunternehmen verschiedene – bisher im Bereich des Bevölkerungsschutzes abgedeckte – Leistungen, wie beispielsweise die Bereitstellung von Tankstellen für Fahrzeuge der Rettungskräfte mit einer Tankmengenbevorratung, nicht mehr zur Verfügung stellen können?

2. Wie bewertet der Senat die Lösungsvorschläge des VDV, wie beispielsweise die Genehmigung von flüssigkraftstoffbetriebenen Überlandbussen (Klasse M3 II) im städtischen Linieneinsatz oder der Abgabe der Aufgabe des Bevölkerungsschutzes von

kommunalen an private Busunternehmer, die auch weiterhin einen gewissen Anteil an flüssigkraftstoffbetriebenen Bussen nutzen können?

3. Welche eigenen Lösungsvorschläge hat der Senat für Auswirkungen der Antriebswende im ÖPNV auf den Bevölkerungsschutz?

**Anfrage 28: Rechtsextremismusverdacht gegen Beamt:innen:
Disziplinarverfahren in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und
Fraktion DIE LINKE
vom 8. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Medienberichten zufolge wird derzeit gegen neun Polizeibeamt:innen wegen des Verdachts auf rechtsextreme Gesinnung oder Verschwörungsideologien ermittelt, die seit 2020 entsprechend aufgefallen sind. Falls die Disziplinarverfahren gegen sie abgeschlossen wurden – mit welchen Ergebnissen?

2. Wie viele Ermittlungen, Prozesse oder Disziplinarverfahren gegen weitere Beamt:innen der Freien Hansestadt Bremen werden derzeit aufgrund Rechtsextremismusverdachts geführt, und in welchen Bereichen des öffentlichen Dienstes sind sie beschäftigt?

3. Wie steht der Senat zu Änderungen des Bremischen Disziplinargesetzes, um bei schweren Verstößen bereits vor Abschluss des Strafverfahrens eine vorläufige Entfernung aus dem Beamtenverhältnis vorzunehmen und das Gesetz insoweit zu ändern, dass bis zu 50 Prozent der monatlichen Dienst- oder Anwärterbezüge einbehalten werden können, wenn im Disziplinarverfahren voraussichtlich auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder auf Aberkennung des Ruhegehalts erkannt werden wird?

**Anfrage 29: Überfall durch einen Algerier
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland
vom 8. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie häufig ist der 20jährige Algerier, der laut Pressemitteilung der Bremer Polizei vom 7. April 2024 (POL-HB: Nr: 0189) einen Tag zuvor einen 79-Jährigen in der Straße Contrescarpe überfallen hatte, in der Vergangenheit bereits polizeilich in Erscheinung getreten und um welche Art von Delikten handelte es sich (bitte die Delikte und das Alter zum Zeitpunkt des Tatverdachts gesondert aufführen)?

2. Welchen Aufenthaltsstatus hat der Tatverdächtige aus Frage 1 und wann ist die Person erstmals in die Bundesrepublik Deutschland eingereist?

3. Welche Maßnahmen haben die Bremer Behörden in der Vergangenheit konkret unternommen, um pädagogisch auf diesen Straftäter einzuwirken, damit die kriminelle Karriere unterbrochen wird?

**Anfrage 30: Herausforderungen und Ressourcenbelastung durch die Bearbeitung eines zweiten Asylverfahren in Bremen nach Ablehnung von Dublin-Überstellungen durch verschiedene EU-Staaten oder Ablauf von Fristen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 9. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Asylbewerber haben nach der Ablehnung ihres Erstantrags in einem anderen EU-Mitgliedstaat und/oder nach Ablauf der Überstellungsfrist einen Antrag auf ein zweites Asylverfahren in Bremen gestellt?

2. In wie vielen Fällen führen Bremens verlängerte Bearbeitungszeiten von Asylverfahren dazu, dass Überstellungsfristen überschritten werden und zweite Asylverfahren notwendig machen?

3. Wie hoch sind die Gesamtkosten, die Bremen für die Bearbeitung und den weiteren Aufenthalt von Personen in zweiten Asylverfahren aufbringen muss, und die folglich nicht für andere Bedarfe zur Verfügung stehen?

**Anfrage 31: Einsatz von Poolärzten im ärztlichen Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigung
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 9. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat das Urteil des Bundessozialgerichts vom 24. Oktober 2023, wonach Poolärzte im ärztlichen Bereitschaftsdienst der Sozialversicherungspflicht unterliegen?

2. Welche Auswirkungen hat das Urteil nach Kenntnis des Senats auf den ärztlichen Bereitschaftsdienst in Bremen?

3. Inwiefern beabsichtigt der Senat, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, Poolärzte im ärztlichen Bereitschaftsdienst von der Sozialversicherungspflicht freizustellen?